

HUGO PREUSS

Gesammelte Schriften

im Auftrag der Hugo-Preuß-Gesellschaft e. V.
herausgegeben von
Detlef Lehnert und Christoph Müller

Erster Band:

Politik und Gesellschaft im Kaiserreich

herausgegeben und eingeleitet von Lothar Albertin

Zweiter Band:

Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie im Kaiserreich

herausgegeben und eingeleitet von Dian Schefold

Dritter Band:

Das Verfassungswerk von Weimar

herausgegeben, eingeleitet und erläutert von Detlef Lehnert,
Christoph Müller und Dian Schefold

Vierter Band:

Politik und Verfassung in der Weimarer Republik

herausgegeben und eingeleitet von Detlef Lehnert

Fünfter Band:

Kommunalwissenschaft und Kommunalpolitik

herausgegeben und eingeleitet von Christoph Müller

Mohr Siebeck



*Hugo Preuß vor dem Stadtschloss Weimar, Februar 1919.
Aus dem Bestand der Bayerischen Staatsbibliothek.*

Autor und Herausgeber

Hugo Preuß (1860–1925): 1918 Staatssekretär des Innern, Entwurf der Weimarer Reichsverfassung; 1919 erster Reichsinnenminister, Rücktritt mit dem Kabinett Scheidemann wegen der Bedingungen des Versailler Friedensvertrages; 1920 Abgeordneter des Preußischen Landtags für die DDP.

Lothar Albertin (*1924) ist Professor emeritus für Zeitgeschichte und Politische Wissenschaft an der Universität Bielefeld.

Detlef Lehnert (*1955) ist Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und Präsident der Hugo-Preuß-Stiftung.

Christoph Müller (*1927) ist emeritierter Professor für Staatsrecht und Politik am Fachbereich Rechtswissenschaft der FU Berlin.

Dian Schefold (*1936) ist emeritierter Professor für öffentliches Recht, allgemeine Staatslehre und neuere Verfassungsgeschichte, mit Schwerpunkt Verwaltungsrecht an der Universität Bremen.

Bezug der gesamten Edition

HUGO PREUSS

Gesammelte Schriften

*im Auftrag der Hugo-Preuß-Gesellschaft e.V.
herausgegeben von Detlef Lehnert und Christoph Müller*

2015. Zus.: LV, 4078 Seiten.

ISBN 978-3-16-154459-0 Leinen € 385,-

Bitte bestellen Sie in Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag:

Mohr Siebeck · Wilhelmstraße 18 · 72074 Tübingen · www.mohr.de · info@mohr.de

Zur Edition der *Gesammelten Schriften* von Hugo Preuß

Die Werkausgabe nun abschließend erscheint dieser 3. Band unserer Preuß-Edition, der sich mit dem zentralen Thema *Das Verfassungswerk von Weimar* befasst. Entstehung und Scheitern der Weimarer Reichsverfassung lassen sich besser verstehen, wenn zuvor die anderen Bereiche der Lebensarbeit von Hugo Preuß untersucht worden sind. Es hat also seine innere Richtigkeit, wenn dieser Band anders als geplant *zuletzt* veröffentlicht wird.

In Bd. 1 ging Lothar Albertin als Kenner der Geschichte des Bürgertums im Kaiserreich den Gründen für die Schwäche der liberalen Kräfte in Deutschland nach. Er skizziert die politische Orientierung von Preuß in der Zeit des Weltkrieges, der den Zusammenbruch der Verfassungsordnung des Bismarckreichs und erst recht des sog. „Wilhelminischen Zeitalters“ ankündigte. Schon hier antizipierte Preuß denkbare Wege aus der krisenhaften Lage.

Dian Schefold stellte in Bd. 2 Hugo Preuß als bisher wenig bekannten Staatsrechtslehrer und Rechtstheoretiker vor, dessen Schriften zum Verfassungsrecht des Kaiserreichs in der Sammlung *Staat, Recht und Freiheit* (1926) völlig ausgeblendet waren. Er arbeitete das Mehrebenen-Modell heraus, das bei Preuß von der genossenschaftlichen Gemeindedemokratie über Zwischenstufen zum Nationalstaat führt, der sich aber nach oben nicht abschließt, sondern über ihn hinausreicht bis zur Verbindlichkeit des Völkerrechts.

In Bd. 4 hat Detlef Lehnert die historischen und politikwissenschaftlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen des Eintretens von Hugo Preuß für sein *Verfassungswerk von Weimar* ausgeleuchtet, die gerade auch für sein Verständnis der verfassungsrechtlichen Strukturen unerlässlich sind. Während nun Bd. 3 schwerpunktmäßig das textliche Entstehen der Weimarer Verfassung in den wesentlichen Anteilen von Preuß und seine juristischen Kommentare dokumentiert, standen in Bd. 4 die öffentlichen Meinungskämpfe und auch frühe Hinweise auf beginnende politische Fehlentwicklungen im Mittelpunkt.

Die langjährige kommunalpolitische Tätigkeit von Preuß, zunächst auf den Spuren Rudolf von Gneists, Otto von Gierkes und später Josef Redlichs, wie sie in Bd. 5 von Christoph Müller dargestellt wurde, lag nicht etwa *neben* seiner verfassungsrechtlichen und politischen Arbeit. Sie war vielmehr – juristisch – nur ein besonderer Aspekt seines demokratischen Mehrebenen-Modells und – politisch

– von praktischer Erfahrung der kommunalen Zusammenarbeit sozialliberaler Strömungen mit dem sozialdemokratischen Munizipalsozialismus geprägt.

Am 15. November 1918 war Preuß vom Rat der Volksbeauftragten zum Staatssekretär des Innern ernannt worden, mit dem Auftrag, die Grundlagen einer künftigen republikanischen Verfassung auszuarbeiten. Der erste Entwurf mit der Denkschrift vom 3.1.1919 trägt ganz seine Handschrift. Preuß trat für die umgehende Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung ein. Die Revolution gegen den bisherigen Obrigkeitsstaat durfte nicht in ein neues Obrigkeitsregime umschlagen, auch wenn dann Gegner von Demokratie und Parlamentarismus stimmberechtigt waren. Nach dem Scheitern der Paulskirchenverfassung von 1848/49 war das der zweite Versuch, in Deutschland die Demokratie zu verankern. Die Weimarer Reichsverfassung ist, wie inzwischen allmählich erkannt wird, in vieler Hinsicht die Basis des heutigen Grundgesetzes. Sie scheiterte nicht an Architekturfehlern, sondern daran, dass eine demokratische Verfassung von einer entsprechenden politischen Kultur gestützt werden muss. Der Zusammenbruch des Kaiserreichs, die Flucht und Abdankung Wilhelms II. in der Revolution von 1918 hatten zwar in der Bevölkerung durchaus zu einem Mentalitätswechsel geführt; er war aber nicht so stark, wie Preuß zunächst gehofft hatte.

Inzwischen zum ersten parlamentarisch verantwortlichen Reichsminister des Innern ernannt, trat Preuß mit der Regierung Scheidemann im Juni 1919 wegen der Bedingungen des Versailler Friedensvertrags von seinem Amt zurück. Er führte aber als Kommissar der Reichsregierung die Verhandlungen der Nationalversammlung bis zum erfolgreichen Abschluss weiter und gilt deshalb als „Vater“ der Weimarer Reichsverfassung. Bald nach dem Tod des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert starb Preuß am 9. Oktober 1925, bis zuletzt um sein Verfassungswerk kämpfend: Er warnte am Ende seines Lebens noch vor der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten.

Die historischen, politischen und juristischen Kämpfe um das *Verfassungswerk von Weimar* vermitteln ein faszinierendes Bild dieser Periode unserer Verfassungsgeschichte. Die bedeutende Rolle von Hugo Preuß wird erst jetzt ganz erfasst. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, hat ihn mit Recht als Vordenker unserer heutigen Theorie der pluralistischen Demokratie gewürdigt (s. Preuß, Bd. 3, S.3).

Wir verdanken dem Deutschen Bundestag und der Weitsicht von Wolfgang Thierse, Präsident des Bundestages von 1998 bis 2005, einen Druckkostenzuschuss, der die Veröffentlichung des Editionsprojekts ermöglicht hat. Sein Nach-

folger, Norbert Lammert, würdigt in diesem Band den Abschluss der Hugo-Preuß-Edition.

Ohne institutionellen Rückhalt haben wir es übernommen, eine technische Druckvorlage herzustellen, deren Redaktionskosten durch großzügige Spenden von Mitgliedern der Hugo-Preuß-Gesellschaft und von Freunden des Editionsprojekts aufgebracht werden konnten. Dafür haben wir uns im Vorwort von Bd. 5 namentlich bedankt. Jörg-Detlef Kühne verdanken wir außer materieller auch ideelle Unterstützung durch Gedankenaustausch und guten Rat. Für Zuwendungen in allerletzter Zeit danken wir dem Bundesminister der Justiz Heiko Maas sowie der Rechtsanwaltskanzlei Klaus-Martin Groth & Partner. Ein ganz besonderer Dank aber gilt E. A. Protzen für beständige Ermutigung und mittragende Hilfe über die Jahre hinweg, mit der sie die Verwirklichung dieses Editionsprojekts möglich gemacht hat. Seit Errichtung der Hugo-Preuß-Stiftung mit ihrer Schriftenreihe *Historische Demokratieforschung* ist die Fortführung der Impulse unserer Hugo-Preuß-Gesellschaft e.V., die wegen Zweckerreichung aufgelöst wird, nun dauerhaft gesichert.

In Arbeitsteilung der drei Bandherausgeber sind Detlef Lehnert und Dian Scheffold für die Einleitung und Christoph Müller für die Erläuterungen verantwortlich. Das Layout entstand in Zusammenarbeit mit Henning Hube.

Detlef Lehnert

Christoph Müller

Aus einer Rezension:

„Die einzelnen Texte sind sorgfältig ediert und mit sachlichen Erläuterungen im Anhang versehen, die auch die bibliographischen Nachweise der Erstveröffentlichungen enthalten. Ferner werden die Prinzipien der Edition erläutert, detaillierte Stichwort- und ein Personenregister erschließen den Band, und die Umsichtigkeit der Edition kennzeichnet am Schluß des Bandes eine Konkordanz der in (der bislang einzigen, 1926 erschienen Aufsatzsammlung von Hugo Preuß) *Staat, Recht und Freiheit* enthaltenen Texte mit den Bänden der Gesammelten Schriften.“
Joachim Lilla <http://ifb.bsz-bw.de> 16 (2008), Nr. 286 (April 2009).

Erster Band:

Politik und Gesellschaft im Kaiserreich

Herausgegeben und eingeleitet von

Lothar Albertin in Zusammenarbeit mit Christoph Müller

Dieser Band umfasst die politischen Schriften von Hugo Preuß aus der Zeit von 1885 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Hier setzt er sich mit der Schwäche und Zerrissenheit des deutschen Liberalismus auseinander. Bismarck hatte durchaus einen Teil der liberalen Forderungen erfüllt: sie waren auf „Freiheit und Einheit“ gerichtet. Immerhin hatte Bismarck die „Einheit“ verwirklicht, und das liberale Bürgertum hatte sich der Hoffnung hingegeben, dass es seine Freiheitsforderungen später doch noch verwirklichen könnte. Auch das Wahlrecht zum Reichstag entsprach der Gleichheitsforderung der Paulskirche. Es war auch im internationalen Vergleich durchaus „modern“. In Preußen blieb es allerdings bis zum Ende der Monarchie beim Drei-Klassen-Wahlrecht. Bismarck hatte auch die geheime Stimmabgabe nicht gewollt; sie war ihm abgerungen worden. Im Reichstag musste er sich auch mit den Parteien auseinandersetzen. Er brauchte ihre Mehrheit für die Gesetzgebung. Aber er tat alles, die Parteien von der Regierung fernzuhalten. Wenn auch eine Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen den liberalen Forderungen weitgehend entsprachen, so gelang es Bismarck doch, eine Entwicklung des Reichstags zur parlamentarischen Verantwortung zu verhindern. Der Oberbefehl des Kaisers über die Armee wurde zum Instrument einer „Militarisierung der Nation“. Bismarck hatte die Kraft der liberalen Bewegung gebrochen, und das wirkte sich vor allem nach dem Sturz der Hohenzollernmonarchie verheerend aus.

In dieser Krise des Liberalismus wollte Preuß eine Brücke zur demokratischen Arbeiterbewegung schlagen, wie das in England die Fabian Society und in Frankreich Jean Jaurès und die Radikalsozialisten zu Wege gebracht hatten. Im Krieg verurteilte er die imperialistischen Exzesse der alldeutschen sogenannten Vaterlandspartei, trat für einen Verständigungsfrieden ein und wollte den preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat durch einen parlamentarischen Volksstaat überwinden. Eindringlich warb er darum, in Europa freund-nachbarliche Verhältnisse herzustellen, um die gefährliche Selbstisolierung zu überwinden. Das gelang zwar erst nach der militärischen Niederlage und dem Zusammenbruch des Kaiserreichs. Die Weimarer Republik war ein Neuanfang. Es gelang ihren Gegnern aber, sie zu zerstören.

2007. X, 812 Seiten (Preuß GS 1). ISBN 978-3-16-149016-3 Leinen € 89,-

Zweiter Band:

Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie im Kaiserreich

Herausgegeben und eingeleitet von
Dian Schefold in Zusammenarbeit mit Christoph Müller

Das politische Wirken von Hugo Preuß beruht auf einem verfassungs- und staatsrechtlichen, geschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Rechtsverständnis, das seine gesamte berufliche Tätigkeit bestimmte. Dieses Konzept wird in Band 2 seiner *Gesammelten Schriften* entwickelt. Keine dieser hier herausgegebenen Schriften ist im Sammelband *Staat, Recht und Freiheit* (Tübingen 1926) enthalten. Preuß ging von der Genossenschaftstheorie von Otto v. Guericke aus; er führte aber über Guericke hinaus, indem er das demokratische Potential der Genossenschaftstheorie erschloss. Über ein Jahrhundert war es im Königreich Preußen misslungen, eine umfassende und durchaus als erforderlich erkannte Verwaltungsreform durchzuführen. Das scheiterte daran, dass die Monarchie eine wirkliche Dezentralisierung nicht hinnehmen wollte, bei der die Fachaufsicht auf eine Rechtsaufsicht zurückgenommen wird. Nach Hans Delbrück sei es gänzlich ausgeschlossen, „solange wir in Preußen ein derartig lebendiges Königtum haben“, zentrale politische Fragen dem „persönlichen Meinen, Urteilen und Wollen des Königs“ zu entziehen (*Preußische Jahrbücher*, Bd. 107, S. 261f.). Preuß ging von der Ebene der Gemeindedemokratie aus, die über die Demokratie auf der Ebene der Länder und des Nationalstaats aufsteigt zu übernationalen und völkerrechtlichen Ebenen. So sollte ein umfassender, dezentraler, demokratischer Rechtsstaat entstehen. Von hier aus kritisierte Preuß den überkommenen Begriff der Souveränität. Auch die „Volksouveränität“ findet in den rechtsstaatlich organisierten Formen der Wahl zu einer verfassungsgebenden Versammlung statt. Preuß war nicht nur ein Praktiker, sondern auch ein Theoretiker des Verfassungsrechts. Das Kaiserhaus hatte seine Universitätskarriere blockiert (s. Preuß, Bd. 5, S. 5–9). Preuß als Wissenschaftler und Staatsrechtslehrer ist erst noch zu entdecken.

2009. X, 891 Seiten (Preuß GS 2). ISBN 978-3-16-149964-7 Leinen € 99,-

Dritter Band:

Das Verfassungswerk von Weimar

Herausgegeben, eingeleitet und erläutert von
Detlef Lehnert, Christoph Müller und Dian Schefold

Der zentrale Dritte Band über das *Verfassungswerk von Weimar* beschließt die 5-bändige Edition. Nach Kriegsniederlage, Flucht und Thronverzicht des Kaisers schied eine Reform der Bismarckverfassung aus. Auch ein „Weitertreiben“ der Novemberrevolution von 1918 war nach der sog. Oktoberrevolution der Bolschewiki undenkbar. Nur eine verfassungsgebende Nationalversammlung konnte jetzt eine neue Rechtsgrundlage schaffen, wenn hier auch Gegner von Demokratie und Parlamentarismus wahlberechtigt waren. Der Erste Entwurf des allgemeinen Teils einer Reichsverfassung (s. Preuß, Bd. 3, S. 533) trägt ganz seine Handschrift. Aber die neue Verfassung konnte nur ein Kompromiss sein. Nach dem Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10.2.1919 wurde Friedrich Ebert von der Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt. Er ernannte Hugo Preuß zum ersten parlamentarisch verantwortlichen Reichsminister des Innern. Wegen der Bedingungen des Versailler Friedensvertrags trat Preuß mit der Regierung Scheidemann zurück, führte aber kommissarisch die Verhandlungen in der Nationalversammlung bis zum erfolgreichen Abschluss weiter. Nach dem Scheitern der Paulskirchenverfassung von 1848/49 war die Weimarer Verfassung der zweite Versuch einer Demokratisierung Deutschlands, und der erste, der sich nach dem Urteil von Walter Jellinek „trotz starker Belastungsproben in den ersten Jahren ihres Bestehens“ auch bewährt hatte (s. Preuß, Bd. 3, S. 712). Allmählich wird erkannt, wieviel das Grundgesetz der Weimarer Verfassung verdankt. Sie scheiterte nicht an „Architekturfehlern“ des Verfassungstextes, sondern daran, dass eine Verfassung immer von einer entsprechenden politischen Kultur gestützt werden muss. Vielen positive Ansätze zerbrachen in den schweren Krisen der Zeit. Die Kämpfe um das *Verfassungswerk von Weimar* vermitteln ein faszinierendes Bild dieser tragischen Periode unserer Geschichte.

2015. XIV, 751 Seiten (Preuß GS 3). ISBN 978-3-16-150523-2 Leinen € 89,-

Vierter Band:
**Politik und Verfassung
in der Weimarer Republik**
Herausgegeben und eingeleitet von
Detlef Lehnert

Dieser Band enthält jene Schriften von Hugo Preuß, mit denen er sich vom Beginn der Novemberrevolution 1918 bis zu seinem Tode am 9. Oktober 1925 an eine breitere Öffentlichkeit wandte. Ergänzt wird dieses Gesamtbild durch einige Reden im Preußischen Landtag, dem er für die DDP angehörte, und durch einige Zeitungsberichte. Viele seiner Beiträge haben bereits in Grundzügen heutiger Einsichten der Politikwissenschaft und Demokratietheorie vorweggenommen. Das betrifft u.a. die unersetzliche Rolle der politischen Parteien in einer parlamentarischen Demokratie. Vor allem verwandelte er den bisherigen, monarchistisch mystifizierten „obrigkeitlichen“ Staatsbegriff und die Vorstellungen Gierkes von einer „organischen“ Entwicklung in die nüchterne „Organisation“ eines Volkes, das in seiner verfassungsrechtlichen Gestalt handlungsfähig wird. Die demokratische Entwicklung hatte Wurzeln geschlagen. Zwar ließ sich Preuß auf Max Webers Vorschlag einer Volkswahl des Reichspräsidenten ein. Die Gefahr einer „plebiszitären Führerdiktatur“ glaubte er mit einer lückenlosen „parlamentarischen Gegenzeichnung“ aller seiner Akte bannen zu können (s. Preuß, Bd. 3, S. 687; Bd. 4, S. 8). Preuß schlug nicht nur eine Brücke zur Revolution von 1848, sondern auch zur reformorientierten Sozialdemokratie und zum sozialen Rechtsstaat der Gegenwart: „Die nationale Einigkeit, die politische Freiheit und das soziale Recht sind die Leitgedanken von Weimar.“ Objektive Umstände und merkwürdige Zufälle haben bewirkt, dass die große Chance von Weimar verloren ging. Aber nachdem sich das Grundgesetz von 1949 im Bewußtsein der Bürger befestigt hat, ist es an der Zeit, dem *Verfassungswerk von Weimar Gerechtigkeit* widerfahren zu lassen.

2008. XI, 739 Seiten (Preuß GS 4). ISBN 978-3-16-149519-9 Leinen € 84,-

Fünfter Band:
Kommunalwissenschaft und Kommunalpolitik

Herausgegeben und eingeleitet von
 Christoph Müller

Es ist nicht allgemein bekannt, dass Hugo Preuß zwischen 1890 und 1918 als Stadtverordneter bzw. als Stadtrat aktiv und kämpferisch in der Kommunalpolitik der sich stürmisch entwickelnden Industriestadt Berlin tätig war. Hier hat er sein staatstheoretisches Konzept einer praktischen kommunalpolitischen Bewährung unterzogen. 1910 wurde er mit den Stimmen der Sozialdemokratie zum ehrenamtlich Stadtrat und damit zum Mitglied der Berliner Stadtregierung gewählt. Zusammen mit dem Oberbürgermeister Adolf Wermuth (1912–1920) entwickelte er das Konzept für den Aufbau der Großstadt Berlin, das Eingang fand in das Gesetz über die Eingemeindung vom 27. April 1920. Das heutige Berlin ist erst 1920 entstanden, weil Wilhelm II. die geplante umfassende Eingemeindung verhindert hatte. Das von ihm gehasste Berlin sollte klein gehalten und von einem Kranz blühender Städte umgeben sein (s. Preuß, Bd. 5, S. 25). Werner Hegemann widmet sein Buch von 1930, *Das steinerne Berlin. Geschichte der größten Mietskasernenstadt der Welt*, dem Andenken an Hugo Preuß. Hegemann zitiert Adolf Wermuth mit den Worten: „Hugo Preuß ist es gewesen, der den Berliner Gedanken zum Aufbau der neuen Großstadt die Form gab.“ Wie die anderen Großstädte musste auch Berlin großräumig die Versorgung mit Wasser und Energie, vor allem die Entsorgung von Abwasser sicherstellen, musste bezahlbare Wohnungen schaffen und unter den Bedingungen extremer Verdichtung innerstädtische Mobilität organisieren. Zugleich mussten religiös neutrale Schulen, Universitäten, Theater und Museen gebaut, Bildung und Kultur gefördert werden, um ein „menschwürdiges Leben für alle“ zu gewährleisten. Was in dieser kritischen Periode an Innovation entwickelt wurde, ist bis heute aktuell geblieben. Weltweit werden immer mehr Menschen in Städten leben. Das verschafft dem Kampf von Hugo Preuß um, Stadtentwicklung, Verkehrsplanung und urbane Kultur eine geradezu paradigmatische Bedeutung.

2012. X, 885 Seiten (Preuß GS 5). ISBN 978-3-16-150525-6 Leinen € 99,-

„Als ein publizistischer Streiter mit erzählerischer Farbe und historischer Anschaulichkeit – so tritt uns der Weimarer Staatsrechtler Hugo Preuß beim eindrucksvollen Auftakt seiner *Gesammelten Schriften* vor Augen.“

Günther Gillessen FAZ, 17. August 2007, 37

„Mit der Veröffentlichung von Band 3 ist das große Werk, die Edition der *Gesammelten Schriften* von Hugo Preuß, abgeschlossen [...]. Es handelte sich nicht nur um die wissenschaftliche Arbeit des Konzeptualisierens, Forschens, Edierens und Interpretierens, sondern immer auch um Organisation, *fund raising*, Diplomatie und Öffentlichkeitsarbeit, also um die mühsame Schaffung der praktischen Voraussetzungen des wissenschaftlichen Unternehmens. All dies geschah nicht von der Position gut ausgestatteter Lehrstühle her, aber mit ungewöhnlichem persönlichen Einsatz, mit intellektueller Entschiedenheit und viel politisch-moralischem Engagement. Es entstand ein Großwerk von herausragender wissenschaftlicher Bedeutung, zugleich ein ganz besonderer Erinnerungsort, geradezu ein Monument demokratisch-freiheitlicher Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland. Mit Genugtuung liest man, dass Bundestagspräsident Lammert dies würdigt, wie auch sein Vorgänger Thierse die Wichtigkeit des Unternehmens gesehen und bekräftigt hat.“

Aus einem Brief von Jürgen Kocka (2016)



Mohr Siebeck
www.mohr.de